



Verfallende Baracken bestimmen das Bild des **Edelmannes-Grundstückes auf dem ehemaligen Lagergelände in Sandbostel**. Die SPD/Grüne/WFB-Mehrheitsgruppe fordert jetzt in einem Antrag den Kauf des Geländes für 75000 Euro. Foto: Klöfkorn

Kullik sieht „Hinhaltetaktik“

SPD-Abgeordneter vermutet: Kaufsumme als Vorwand, um Arbeit der Gedenkstätte zu behindern

VON **RAINER KLÖFKORN**

ROTENBURG/SANDBOSTEL. Der Streit um die Höhe der Kaufsumme für das so genannte Edelmann-Grundstück auf dem ehemaligen Sandbosteler Lagergelände lasse den Verdacht aufkommen, dass bestimmte Kreise durch die Arbeit der Gedenkstätte Lager Sandbostel behindern möchten. Dieser Meinung ist zumindest das SPD-Kreistagsmitglied Volker Kullik. Der Abgeordnete aus Karlsruhen hatte im Kreistag den Eilantrag gestellt, dass der Landkreis das Grundstück erwerben und der Stiftung schenke möge.

Wie berichtet, hatte sich das Kuratorium der Lagerstiftung mehrheitlich gegen den Grundstückskauf zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Der Eigentümer Bernhard Engelmann fordert 75000 Euro, das Kuratorium nennt 50000 Euro als Höchstpreis. Daraufhin stellte Kullik den Antrag, dass der Landkreis trotz des ablehnenden Kuratoriumsvotums das Grundstück für 75000 Euro erwirbt. Diese Summe ist im Kreishaushalt für dieses Jahr aufgeführt.

Landrat Hermann Luttmann (CDU), der den Volksbund Deutsche Kriegsgräberstätten (VDK) im Kuratorium vertritt, kritisiert den Antrag und spricht von „Klientelpolitik“ der SPD/Grüne/WQFB-Kreistagsmehrheit. Der Preis für das Grundstück sei nicht nur zu hoch, der Kauf zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht notwendig. Zu fragen sei auch, ob eine Nutzung des Edelmann-Grundstückes die Stiftung hinsichtlich der dadurch auf sie zu-

kommenden Kosten nicht überfordere.

Volker Kullik ist anderer Auffassung: Der Kauf der Edelmann-Fläche fördere die Entwicklung der Gedenkstätte und bringe sie einen notwendigen Schritt voran, meint er. Und fügt hinzu: „Leider bleibt das Unbehagen darüber, es nicht geschafft zu haben, in dieser Frage alle mitzunehmen.“

Der Kommunalpolitiker gehört als Kreistagsmitglied dem Kuratorium an. Er sei bestrebt, sagt Kullik, in dieser Funktion eine angemessene Gestaltung und Nutzung der letzten, noch nicht in öffentlicher Hand befindlichen Restfläche auf dem ehemaligen Lagergelände voranzutreiben. Er hätte sich dabei Konsens gewünscht, wie er vor zehn Jahren bei der Entstehung der Gedenkstätte der Fall bestanden habe, sagt Kullik.

Jedoch sei der Eindruck entstanden, dass „von einigen Gegnern eine Hinhaltetaktik betrieben wird, um die Arrondierung des Gedenkstätten Geländes auf den Nimmerleinstag zu verschieben.“ Kullik fragt: „Warum würden einige Kuratoriumsmitglieder das Gelände für 50000 Euro annehmen, für 75000 Euro aber nicht, wenn das Kuratorium das Geld gar nicht selber aufbringen muss?“ Für eine Kaufsumme von 50000 Euro wäre das Gremium bereit gewesen, das Grundstück ohne Altlastenprüfung und Folgekostenberücksichtigung anzunehmen. „Da muss der Verdacht entstehen, die Kaufsumme dient nur als Vorwand beziehungsweise als Mittel, die Gedenkstättenentwicklung zu behindern“, fügt der



» Ich habe den Eindruck, dass von einigen Gegnern eine Hinhaltetaktik betrieben wird, um die Arrondierung des Gedenkstätten Geländes auf den Nimmerleinstag zu verschieben.«

VOLKER KULLIK

Karlsruhöfener hinzu.

Weil das Gelände nicht zur Verfügung stand, hätten in der Vergangenheit Angebote von Institutionen abgesagt werden müssen, die eine Sanierung des Geländes zu einem Ruinenendenkmal unterstützen wollten. Dem Stiftungsvorsitzenden Detlef Cordes sei es in jahrelangen Verhandlungen gelungen, den Kaufpreis von

135000 auf 75000 Euro zu reduzieren. Er habe dem Kuratorium deutlich mitgeteilt, dass er keine Erfolgsaussichten für weitere Verhandlungen sehe und das Gremium aufgefordert, einem Kauf zuzustimmen.

Neben dem Stiftungsvorsitzenden hätten sich auch Andreas Ehresmann als Leiter der Gedenkstätte und der Gedenkstättenverein dafür ausgesprochen – „die Akteure, denen die Entwicklung der Gedenkstätte maßgeblich zu verdanken ist und die den besten Einblick in die Situation haben“ (Kullik). Ihnen gelte das Vertrauen der SPD/Grüne/WFB-Kreistagsmehrheit.

Kullik weiter: „Es geht letztlich um 25000 Euro, um einen letzten Schandfleck im Eingangsbereich einer Gedenkstätte mit bundesweiter Bedeutung und mit über 12000 Besuchern im Jahr angehen zu können.“

Stellungnahme zu Kritik des Landrates

Wie in der Dienstag-Ausgabe berichtet, hat Landrat Hermann Luttmann (CDU) den Eilantrag, den Volker Kullik (SPD) stellte, scharf kritisiert. Dazu heißt es in einer Stellungnahme Kulliks:

„Ich bedauere sehr die Schärfe, mit der der Landrat reagiert. Sie beschädigt den hervorragenden Ruf der Gedenkstätte, der aus dem großen Engagement der Verantwortlichen erwachsen ist. Wenn als Nutznießer der von Luttmann gerügten ‚Klientelpolitik‘ diejenigen gemeint sind, die sich seit Jahren eingesetzt haben und die vielen Besucher, die voll des Lobes für die Gedenkstätte sind, dann lasse ich mir den Vorwurf der ‚Klientelpolitik‘ gern gefallen. Und wenn der Landrat bei 25000 Euro, die man über eingesparte Mietkosten schon wieder reingeholt hätte, von Steuerverschwendung spricht, dann wird offensichtlich deutlich, welcher Stellenwert die Gedenkstätte für ihn hat. Und wenn er die Arbeit der Kreistagsmehrheit als Hinterzimmerpolitik bezeichnet, dann sollte er die Struktur, Zusammensetzung und Arbeit des Kuratorium einmal selbstkritisch beleuchten. Noch einmal: Die Kreistagsmehrheit hat sich lange um einen Konsens bemüht und reicht auch trotz der Angriffe die Hand zur Zusammenarbeit, um der Gedenkstätte willen.“